

## Antrag

des Abgeordneten Peter Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

### **Aufweichung des Bundesnaturschutzgesetzes im Bundesrat verhindern!**

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die geplante Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes („Gesetz zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes“) im Bundesrat abzulehnen.

#### Begründung:

Derzeit läuft ein Gesetzgebungsverfahren zur Novelle zum Bundesnaturschutzgesetz (aktueller Stand: Bundestag-Drucksache 18/11939). Geplant sind zahlreiche Änderungen, die den Artenschutz aufweichen sollen, indem die Ausnahmetatbestände zur Tötung besonders geschützter Tierarten ausgeweitet werden sollen. Dies geschieht offenkundig zum Wohle bestimmter Branchen.

Der erste Entwurf der Gesetzesnovelle wurde daher in den Stellungnahmen von Naturschutzverbänden wie BUND und NABU einhellig abgelehnt. Ihre zentralen Kritikpunkte:

*„Die vorgeschlagenen Regelungen im Bereich des Artenschutzes wiederum stellen nicht nur eine Aufweichung der Schutzbestimmungen ‚ohne Not‘ dar, sondern widersprechen nach Auffassung des NABU sogar geltendem EU-Recht. [...] Darüber hinaus ist die Verortung des Kriteriums in § 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG statt in § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG auch regelungssystematisch verfehlt. Insgesamt wird dadurch der europarechtlich determinierte (Art. 12 Abs. 1 Buchst. a FFH-Richtlinie) Individuenbezug des Tötungsverbots unterlaufen.“* (Stellungnahme des NABU vom 16.12.2016)

*„Insgesamt ist unübersehbar, dass die vorgeschlagenen Änderungen beim Artenschutzrecht darauf zielen, die Belange des Artenschutzrechts bei der Planung und dem Bau von Windkraftanlagen weiter zurückzudrängen.“* (Kurzstellungnahme zur Gesetzesnovelle im Auftrag der Deutschen Tierschutzstiftung vom Dezember 2017)

Zwischenzeitlich wurden einige besonders extreme Änderungsvorschläge fallen gelassen. So etwa die geplante Einführung eines Ausnahmegrunds „Klima“, der die Tötung von geschützten Arten erlaubt hätte, wenn dies dem vorgeblichen Klimaschutz dient.

Dennoch bleiben in der Novelle Punkte, die nicht hinnehmbar sind. Beispielhaft sei die Änderung von § 44 Absatz 5 genannt. Die Novelle führt hier einen neuen Ausnahmetatbestand für das Tötungsverbot geschützter Arten ein. So *„[...] liegt ein Verstoß gegen das*

Eingegangen: 08.05.2017 / Ausgegeben: 09.05.2017

*Tötungs- und Verletzungsverbot [...] nicht vor, wenn die Beeinträchtigung durch den Eingriff oder das Vorhaben [...] das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare der betroffenen Arten nicht signifikant erhöht und diese Beeinträchtigung unvermeidbar ist.“*

Aus der bisher klaren Regelung des Tötungsverbots wird so eine äußerst dehnbare Bestimmung. Es müsste im Fall einer Tötung erst der Nachweis geführt werden, dass das Tötungsrisiko zuvor „signifikant erhöht wurde“, ehe die anschließende Tötung zur Unzulässigkeit des Vorhabens führt.

Doch ein solcher Nachweis dürfte kaum möglich sein, wenn von geschützten Tierarten mit wenigen Individuen die Rede ist. Denn statistische Untersuchungen werden erst ab einer gewissen Stichprobengröße „signifikant“. Es daher wird kaum möglich sein, beispielsweise nachzuweisen, dass eine Windkraftanlage an einem bestimmten Standort das Tötungsrisiko zweier in der Nähe nistender Rotmilane „signifikant erhöht“ hat. Es ist zu befürchten, dass der Ausnahmefall zum Regelfall wird. Dies insbesondere weil die bisherige Bestimmung explizit eine Tötung von Individuen ausschließt und bestimmt, dass dies nur zulässig ist, wenn sie als unvermeidlicher Annex auftritt, wobei stets der Nachweis des Erhalts der ökologischen Funktion des Gesamtgebietes zu führen ist.

Die nun geplante Aufweichung kann angesichts der Erfahrungen in Brandenburg nicht hingenommen werden. Daher soll die Landesregierung aufgefordert werden, dieser vorgesehenen Änderung im Bundesrat nicht zuzustimmen.

#### Stand des Gesetzgebungsverfahrens:

Die erste Lesung des Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes im Bundestag (Drucksache 18/11939) fand am 27.04.2017 statt.

Die zweite und dritte Lesung im Bundestag sind für den 01.06.2017 vorgesehen.

Die endgültige Abstimmung im Bundesrat über die Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes wird voraussichtlich am 07.07.2017 stattfinden.